

MITTAGSPOST

Aus dem Plenum des Bundestages

In insgesamt neun namentlichen Abstimmungen hat der Bundestag das **Bund-Länder-Reformpaket** mit der nötigen Zwei-Drittel-Mehrheit verabschiedet. Anlass war das Auslaufen des Solidarpaktes und die notwendige Neuordnung des Finanzausgleiches zwischen Bund und Ländern sowie die grundgesetzliche Vorgabe, keine neuen Schulden aufzunehmen. Zwei Jahre lang wurde darüber verhandelt, die SPD hat hartnäckig um ihre Positionen gerungen und sich in zentralen Punkten durchgesetzt.

- Für Bildung in finanzschwachen Kommunen gibt es bis zum Jahr 2020 insgesamt 3,5 Mrd. Euro vom Bund für moderne IT-Ausstattung und die Sanierung maroder Schulen. Niedersachsen erhält rund 300 Mio. Euro.
- Der Unterhaltsvorschuss wird zugunsten berufstätiger Alleinerziehender und ihrer Kinder ausgeweitet. Das ist ein wichtiger Schritt gegen Kinderarmut.
- Autobahnen und Bundesstraßen werden nicht privatisiert. Im Grundgesetz ist eine eindeutige Schranke eingebaut. Zu dieser Frage hatte es eine Fülle an Protestbriefen gegeben, doch klar ist: die SPD hat sich immer **gegen eine Privatisierung der Autobahnen und Bundesstraßen** gestellt und sich damit durchgesetzt. Ich habe eine persönliche Erklärung abgegeben und mein Votum erläutert.
- Die Bemühungen der SPD, den **Weg aus der Teilzeitfalle** vor allem für Frauen zu ebnet, sind am Widerstand der Kanzlerin und der CDU/CSU gescheitert. In einem Gesetzentwurf zur Weiterentwicklung des Teilzeitrechts kämpft die SPD für das Rückkehrrecht in Vollzeit ab einer Betriebsgröße von 15 Mitarbeitenden. Auch das ist Verhinderung von Altersarmut bei Frauen.

SPD lädt zur Betriebsrätekonferenz

• Mehr Menschen sollen künftig **Betriebsrenten für die eigene Altersvorsorge** nutzen. Bislang fehlt in kleineren oder mittleren Betrieben diese Möglichkeit der Altersvorsorge. Künftig sollen Beitragszusagen eingeführt, Arbeitgeber vom Haftungsrisiko entlastet werden. Für Geringverdiener, die die Möglichkeit der Betriebsrenten bisher wenig genutzt haben, wird die arbeitgeberfinanzierte Altersvorsorge ausgeweitet. Die Riester-Zulage soll ab 2018 von jährlich 154 auf 175 Euro angehoben werden.

• Unter dem Motto „**Demokratie in Betrieb und Gesellschaft**“ hat die SPD-Bundestagsfraktion den Dialog mit Betriebs- und Personalräten fortgesetzt. Mit Arbeitsministerin Andrea Nahles, Justizminister Heiko Maas und unserem Kanzlerkandidaten Martin Schulz war die Konferenz hochrangig besetzt. Wichtig ist die Sicherung der Mitbestimmung

beim Wandel zur Arbeitswelt 4.0. Ich hatte u.a. Heiko Pohlmann, Personalrat der Stadt Delmenhorst



(rechts) und den stellvertretenden Betriebsratsvorsitzenden der Lürssen Werft, Holger Bischoff (links) nach Berlin eingeladen. Mit dabei Jürgen Schlausch von der AFA Wildeshausen.

• Der Bundestag hat die Istanbul-Konvention unterzeichnet. Sie ist das wichtigste internationale Rechtsmittel für den Schutz von Frauen vor allen Formen der Gewalt und Diskriminierung.

Berliner Termine

- Wie die Friedenssicherung durch die UN im westafrikanischen Mali gelingen kann und welchen Beitrag Deutschland bei der Mission MINUSMA leistet, war Thema einer Diskussion im ZIF, dem **Zentrum für internationale Friedenseinsätze** in Berlin. In Mali sind nicht nur deutsche Soldaten im Einsatz, sondern auch Polizisten, die ich vor kurzem besucht habe. Sie bilden aus und tragen zur Stabilisierung und damit auch zur Bekämpfung von Fluchtursachen und der Abwehr von Terrorismus bei. Radikalisierte Gruppierungen im Land versuchen immer wieder, die Friedensbemühungen zu untergraben. Deshalb ist Unterstützung durch MINUSMA unverzichtbar.

- Die wichtige Rolle der **Bundesfreiwilligendienste** hat der Präsident des Deutschen Roten Kreuzes, Dr. Rudolf Seiters, bei einem parlamentarischen Frühstück gewürdigt. Die sogenannten Bufdis leisten unverzichtbare Arbeit, die speziell den Jüngeren bei der beruflichen Orientierung hilft und neue Kompetenzen bringt. Auch Ältere interessieren sich verstärkt für die Angebote. Herausforderungen für die humanitäre Hilfe mit Blick auf Konflikte in der Welt war ebenfalls Gegenstand der Diskussion.



Zu Besuch in Berlin

- Eine Berufseinstiegsklasse der Kerschensteinerschule in Delmenhorst aus dem Fachbereich Hauswirtschaft informierte sich in Berlin über meine politische Arbeit. Dazu gehören immer wieder auch Gespräche über Lehrermangel und die Zukunftsperspektiven für berufsbildende Schulen, die sich neuen Berufsfeldern öffnen.



Zeit für Gerechtigkeit und die Anträge

- Am 25. Juni findet in Dortmund der außerordentliche Bundesparteitag zur Verabschiedung unseres Wahlprogramms statt. Martin Schulz will, wie er sagt, einen großen Wurf. Dazu tagte am Freitag ab 7.00 Uhr die Antragskommission im Willy-Brandt-Haus in Berlin - der Antragsordner umfasst die Kleinigkeit von 892 Seiten - eine Nachtschicht zum Lesen war mir also sicher. Die Anzahl der Anträge dürfte trotz der kurzen Antragsfrist locker im vierstelligen Bereich liegen.



Termine– eine Auswahl:

04.06. 19.30 Uhr Stadtempfang zum Gildefest in Wildeshausen

06.06. 20.00 Uhr Vortrag im Lionsclub Delmenhorst zu Themen aus dem Bundestag

08.06. 12.00 Uhr Premium Aerotec Nordenham, 17.00 Uhr Treffen mit dem Nordwestdeutschen Schützenbund, Bassum,

09.06. Ministerpräsident Stephan Weil in Delmenhorst

10.06. 10.00 Uhr 40-Jahr-Feier DLRG Ortsgruppe Ganderkesee

12.06. 17.00 Sommerfest SPD-Landtagsfraktion, Hannover

13.06. 11.00 Uhr Gespräch BBS über Zukunft der Berufsschulen, abends Interview Lokalradio Oldenburg

14.06. 10.00 Uhr Besuch Markt-Apotheke Wildeshausen, abends Sitzung Stadtverband Nordenham,

15.06. 11.30 Uhr Besuch IGS Delmenhorst

17.06. UB Parteitag Wesermarsch mit Olaf Lies, Kaliwoda, 11.30 Start 24-Stunden-Burginsellauf, Delmenhorst, UB Parteitag Oldenburg-Land, Menkens, Ganderkesee, anschl. Landesjugendfeuerwehrtag Delmenhorst ,

18.06. 15.00 Uhr Gesprächsrunde AWO Wildeshausen, Gemeindefeuerwehrtag in Schierbrok

Die nächste Sitzungswoche beginnt am 19.06, die Mittagspost erscheint am 23.06.